

1,5 Grad.

Gemeinsam. Nachhaltig. Handeln.

Christian Kullmann
Gunda Röstel
Michael Vassiliadis
(Hrsg.)

MURMANN

1,5 Grad.

Gemeinsam. Nachhaltig. Handeln.

Christian Kullmann
Gunda Röstel
Michael Vassiliadis
(Hrsg.)

MURMANN

Was nun?

Die UN-
Entwicklungs-
ziele
konsequent
verfolgen

Unsere Ziele waren bescheiden. Wir wollten die Industrie, ihre Beschäftigten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Nicht-regierungsorganisationen über die 17 Nachhaltigkeitsziele der Menschheit (Sustainable Development Goals, SDG) miteinander ins Gespräch bringen. Wir wollten, dass jede Seite besser versteht, warum die andere ihre jeweilige Position hat und an welchen Punkten sie sich bereits annähern. Wir wollten in einem Blog aus unterschiedlichen Perspektiven auf die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen schauen, den Status quo analysieren und mögliche Wege diskutieren, um unsere Erde zu einem besseren Ort zu machen. Für dieses Projekt konnten wir zahlreiche Autorinnen und Autoren gewinnen.

Die Beiträge aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und den NGOs, die wir in diesem Buch veröffentlichen, zeigen: Es ist viel zu tun, denn seit Verabschiedung der SDG 2015 sind wir auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit kaum vorangekommen. Und bedingt durch die Coronapandemie wurde in den Jahren 2020 und 2021 auch bescheidener Erfolg wieder zunichte gemacht. Auf halbem Wege, konstatiert der aktuelle SDG-Report der Vereinten Nationen, sei es äußerst fraglich, ob die verbleibende Zeit bis 2030 für die Erreichung der Ziele ausreicht.

Obgleich globale Herausforderungen wie Klimawandel, Artensterben, Hunger und Ungleichheit eine gemeinsame Kraftanstrengung verlangen, steht auf der politischen Agenda aktuell ein anderes Ereignis ganz oben: Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Putin und seine Helfershelfer treten das Völkerrecht und die Menschenrechte mit Füßen. Wir sehen fassungslos auf das Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer und sind entsetzt über die Brutalität des Aggressors.

Die Folgen des Krieges reichen weit über Osteuropa hinaus. Sie verlangen von uns in Deutschland grundlegende Änderungen in der Außen-, Wirtschafts-, Energie- und Sicherheitspolitik.

Die Agenda ist länger geworden

Wir stimmen mit der Bundesregierung überein, dass es derzeit keine Zusammenarbeit mit Putins Russland mehr geben kann. Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur ist nötig. Deutschland wird sich strategisch und militärisch neu positionieren und Europa mehr tun müssen, um unsere Freiheit zu garantieren.

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen werden Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch lange beschäftigen. Wir müssen die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge, ihre Versorgung und ihre Integration in den Alltag organisieren. Der Anstieg der Energiepreise belastet Wirtschaft und Konsument*innen. Auch die Versorgungssicherheit ist bedroht.

Uns bleibt keine andere Wahl, als die neuen Aufgaben und die schon länger bestehenden parallel zu bearbeiten. Versuchen, die eine gegen die andere Krise auszuspielen, gilt es zu widerstehen. Stattdessen müssen wir jene Maßnahmen verstärkt ins Blickfeld nehmen, die insgesamt hilfreich sind. Etwa die industrielle Transformation, die Beschleunigung der Energiewende und die Erhöhung aller Effizienzen: Mit den steigenden Preisen rechnen sich nun Investitionen, die im letzten Jahr noch unwirtschaftlich waren. Entsprechende Potenziale können wir in allen Sektoren heben. Und basierend auf einer deutschland- und europaweit leistungsfähigen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft können wir dabei auch auf Innovationen bauen.

Das gemeinsame Haus Europa ist wichtiger denn je
Russlands Krieg hat Europa wieder enger zusammengebracht. Gemeinsames Handeln in unserem europäischen Haus ist wichtiger denn je geworden. Frieden, Freiheit, Achtung der Menschenrechte sowie die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – unser Denken fußt auf gemeinsamen Werten und Zielen. Wir dürfen uns nicht dividieren lassen.

Denn alle notwendigen Transformationen können wir am besten in europäischer Partnerschaft gestalten. Wir müssen unsere Anstrengungen intensivieren und beschleunigen. Die Bewältigung der ökologischen Krisen duldet keinen Aufschub.

Der neue Bericht des Weltklimarats IPCC ermahnt uns. Das Zeitfenster, in dem wir noch Einfluss auf den Wandel des Klimas nehmen können, schließt sich. Gleichzeitig nimmt durch die Krisen die soziale Instabilität immer mehr zu. Auch hier wächst der Handlungsdruck für die Weltgemeinschaft.

Alles andere als obsolet: die Entwicklungsziele der UN

Die Welt muss zu einem Ort der Nachhaltigkeit werden – ökologisch, sozial, ökonomisch. Dieses Ziel müssen wir im Blick behalten. Trotz des Krieges: Die Debatte, die wir im Blog geführt haben, bleibt hochaktuell und muss in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft nicht nur fortgesetzt, sondern in konkretes Handeln übersetzt werden. In späteren Jahren wird man dieses Buch deshalb als Dokument einer Zeit lesen können, in der wir in Deutschland, wir Europäerinnen und Europäer uns auf neue Wege nachhaltigen Handelns begeben haben.

Allen Autorinnen und Autoren und allen, die den Blog und das Entstehen dieses Buches begleitet haben – Beirat, die Teams für Inhalte und Design und die sorgfältigen Verlagsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern –, danken wir herzlich.

Christian Kullmann

Präsident des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) und Vorsitzender des Vorstands der Evonik Industries AG

Gunda Röstel

Vorstandsvorsitzende von German Water Partnership (GWP)

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE)

Inhalt

- 2 **Über dieses Buch**
- 11 **Ziel 1: Keine Armut**
- 15 **Ursula Groden-Kranich**
Die beste Hilfe gegen Armut:
verantwortlich leben und
sozial handeln!
- 18 **Sabine Herold**
Lieferkettengesetz:
Unternehmen sollen retten,
wo Politik kapituliert
- 21 **Kemal Özkan**
Für nachhaltige globale
Lieferketten! Ziel: die Armut
in der Welt bekämpfen
- 25 **Ziel 2: Kein Hunger**
- 29 **Matthias Berninger**
Das neue Leitbild der
Ernährungsdebatte:
nachhaltige Intensivierung
- 32 **Dr. Annette Niederfranke**
Hunger: durch Klimakrise,
Konflikte und soziale
Ungleichheit
- 35 **Dr. Ophelia Nick**
Ein unmissverständliches
Konzept
- 39 **Ziel 3: Gesundheit und
Wohlergehen**
- 43 **Prof. em. Dr. Gerhard Ehninger**
Gesundheit und Wohlergehen
in der Weltgesellschaft
- 46 **Sandy Richter**
Die Wertschöpfungsketten
gehören auf den Prüfstand
- 49 **Christoph Harras-Wolff**
Klarheit für Familien-
unternehmen!
- 53 **Ziel 4: Hochwertige Bildung**
- 57 **Theresia Bauer**
Neue Beschleunigung von
Innovations- und Bildungs-
prozessen
- 60 **Tilman Kuban**
Das deutsche Aufstiegs-
versprechen erneuern!
- 63 **Francesco Grioli**
Nachhaltig aus- und weiter-
bilden: ein Erwerbsleben lang
- 67 **Ziel 5: Geschlechtergleichheit**
- 71 **Dr. Ilham Kadri**
Mehr Vielfalt in der
chemischen Industrie!
- 74 **Karin Erhard**
Plan F – F für Frauen
- 77 **Ekin Deligöz**
Geschlechtergerechtigkeit:
eindimensionales Denken
überwinden
- 81 **Ziel 6: Sauberes Wasser und
Sanitäreinrichtungen**
- 85 **Dr. Uschi Eid**
Gegen die Wasserkrise
- 89 **Frank Gottselig**
Wasser und Hygiene für alle:
noch ein weiter Weg

- 92 **Thomas Wessel**
Jeder Tropfen zählt: Chemie kann die Ressource Wasser sichern
- 97 **Ziel 7: Bezahlbare und saubere Energie**
- 101 **Dr. Martin Brudermüller**
Der goldene Faden für eine nachhaltige Zukunft
- 104 **Dr. Frank Mastiaux**
Die deutsche Energiewende ist ein internationales Projekt
- 108 **Frank Peter**
Grüne Energie und Klimaschutzverträge für eine erfolgreiche Industrietransformation
- 111 **Prof. Dr. Sebastian Dullien und Prof. Dr. Sebastian Gechert**
Klimabonus als Element einer sozialen Klimawende
- 117 **Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum**
- 121 **Reiner Hoffmann**
Beschäftigte an der Gestaltung des Wandels beteiligen
- 124 **Ralf Fücks**
Nachhaltiges Wachstum und menschenwürdige Arbeit: der Beitrag der Chemieindustrie
- 128 **Steffen Kampeter**
Rein in den Maschinenraum: Reformen anpacken!
- 132 **Prof. Dr. Michael Hüther**
Nachhaltiges Wachstum in der sozialen Marktwirtschaft
- 137 **Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur**
- 141 **Wolfgang Langhoff**
Changemanagement im Klimaschutz richtig machen
- 144 **Ralf Sikorski**
Investitionsoffensive für eine klimagerechte Industrie
- 147 **Dieter Janecek**
Industrie braucht Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit braucht Industrie
- 151 **Ziel 10: Weniger Ungleichheit**
- 155 **Prof. Dr. Christian Kaeser**
Steuern in unserer Gesellschaft
- 158 **Petra Reinbold-Knape**
Teilhabe ohne Inklusion: ein Gebäude ohne Türen?!
- 163 **Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden**
- 167 **Peter Adrian**
Städte und Gemeinden brauchen eine zukunftsweisende Flächenpolitik
- 170 **Burkhard Drescher**
Von nachhaltiger Stadtentwicklung und cringer Wurstwerbung
- 173 **Andrea Lindlohr**
Langfristig planen, dynamisch handeln: So werden unsere Städte nachhaltig

- 179 **Ziel 12: Nachhaltige/r Konsum und Produktion**
- 183 **Dr. Markus Steilemann**
Kreislaufwirtschaft als einigende Vision: für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster
- 186 **Dr. Kajsja Borgnäs**
Nachhaltiger Konsum benötigt nachhaltige Produktionsstrukturen
- 190 **Nora Sophie Griefahn**
Der Mensch als Nützlichling: zukunftsfähig wirtschaften mit »Cradle to Cradle«
- 195 **Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz**
- 199 **Prof. Dr. Gerald Haug**
Klimawandel und Kreislaufwirtschaft
- 202 **Dr. Siegfried Russwurm**
Schwierig, aber unerlässlich: Industrie und Klimaschutz
- 205 **Svenja Schulze**
Industrieland, ja – aber nachhaltig
- 209 **Ziel 14: Leben unter Wasser**
- 213 **Peter Kurth**
Mit Kunststoffkreisläufen das Leben unter Wasser schützen
- 216 **Sinischa Horvat**
Im Kreislauf denken: ökologisch, ökonomisch, sozial
- 219 **Claudia Müller**
Meeresforschung made in Germany für die Ozeane der Zukunft
- 223 **Ziel 15: Leben an Land**
- 227 **Jörg-Andreas Krüger**
Notstand in der Natur: warum wir jetzt handeln müssen
- 230 **Andreas Berger**
Den ganzen Weg gehen!
- 233 **Harald Feist**
Nachhaltige Vanille aus Madagaskar – das geht!
- 237 **Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen**
- 241 **Markus Löning**
Lieferketten und Menschenrechte: Wie geht's weiter?
- 245 **Emil Lieser**
Gewerkschaft als Friedensmacht
- 249 **Ziel 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele**
- 253 **Hans-Joachim Watzke**
»Elf Freunde müsst ihr sein«
- 256 **Anja Surmann**
Nachhaltigkeit braucht breite Bündnisse – global wie regional
- 259 **Christian Kühn**
Partnerschaften mit neuem Leben füllen: Verantwortung wahrnehmen

Ziel 1: Keine Armut

Armut in allen ihren Formen und
überall beenden

Die beste Hilfe gegen Armut: verantwortlich leben und sozial handeln!



Ursula Groden-Kranich
Bundesvorsitzende des
Kolpingwerkes Deutschland

Die Armen leiden immer am meisten unter Katastrophen. Das zeigt der Bericht 2020 der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung. Demnach steigt seit Beginn der COVID-19-Krise erstmals seit 1998 wieder die Armutsrate in der Welt. Unabhängig davon, bei welchem Geldbetrag die Armutsdefinition gesetzt wird, bleibt eines klar: Knapp eine Milliarde Menschen sind täglich mit den Folgen absoluter Armut konfrontiert. Auf unterschiedliche Weise ist ihnen ein Leben in Würde versagt: Sie leiden ebenso unter Hunger, Unterernährung, begrenztem Zugang zu sauberem Wasser und medizinischer Versorgung wie unter den schlechten Bildungschancen, sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung, der mangelnden Beteiligung an Entscheidungsprozessen und nicht zuletzt auch unter den Folgen des fortschreitenden Klimawandels.

Nicht paternalistisch, sondern auf Augenhöhe

Davon sind vor allem – aber nicht nur – die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika betroffen. Auch in Deutschland, das im internationalen

Vergleich sehr gut dasteht, gibt es Armut. Man muss nur genau hinschauen und bereit sein, aus sozialem Antrieb Konsequenzen für das eigene Handeln abzuleiten. Das hat auch der Gründer des Kolpingwerkes, Adolph Kolping, getan. In einer Zeit der beginnenden Industrialisierung hat Kolping die Nöte seiner Zeit wahrgenommen und seinen Beitrag geleistet, damit die vielen Handwerksgesellen, die damals in prekären Verhältnissen lebten, ein tatkräftiges und selbstbestimmtes Leben führen konnten. Dabei hat Adolph Kolping konsequent auf Bildung gesetzt. Die Sorge um Menschen in Armut gehört gewissermaßen zur DNA des katholischen Sozialverbands.

Der Verbandsgründer fordert uns auch heute noch dazu heraus, uns von den Nöten der Zeit zu verantwortlichem Leben und sozialem Handeln inspirieren zu lassen. Das tut das Kolpingwerk – in Deutschland und noch viel mehr in anderen Regionen der Einen Welt. Kolpingwerk Deutschland und Kolping International treten für die weltweite Verwirklichung gerechter und demokratischer Strukturen, für die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie für die Sicherung der Menschenrechte ein. Wir sind davon überzeugt, dass vor allem durch gerechte Welthandels- und Finanzstrukturen die Kluft zwischen armen und reichen Völkern überwunden werden kann – insbesondere dann, wenn sich auch die Verantwortlichen vor Ort eher vom Wohlergehen ihres Volkes als von persönlichen Interessen leiten lassen.

Das Kolpingwerk fördert das Bewusstsein und den Einsatz für die internationale Zusammenarbeit. Als Mitglied von TransFair (Fairtrade Deutschland) setzen wir uns für den Fairen Handel ein, damit Menschen weltweit für ihre Arbeit und für die Herstellung hochwertiger Produkte anständig entlohnt werden. Das im Juni 2021 vom Bundestag verabschiedete Lieferkettengesetz verpflichtet große Unternehmen ab 2023 dazu, bei ihren Zulieferern gegen die Ausbeutung von Menschen und Natur vorzugehen. Das Kolpingwerk begrüßt, dass das Gesetz damit auch einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut entsprechend dem ersten Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen leistet – auch wenn dies nur ein Anfang ist.

Kolping International arbeitet mit Menschen in und aus anderen Ländern ideell, personell und materiell zusammen. Unser Ansatz ist dabei, »Hilfe zur Selbsthilfe« zu leisten. Dabei erachten wir die internationale Solidarität, die es zur Armutsbekämpfung braucht, nicht als Almosen der Reichen. Vielmehr haben wir die menschenrechtliche Pflicht, Menschen aus absoluter Armut nachhaltig zu befreien. Nicht paternalistisch, sondern auf Augenhöhe.

In der Entwicklungszusammenarbeit müssen die betroffenen Menschen vor Ort sagen, was sie brauchen. Sie kennen die Herausforderungen in ihren Ländern am besten, und sie sollen selbst entscheiden, wie sie die vorhandenen Ressourcen nachhaltig nutzen können und was sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen benötigen. Die Entwicklungspartner aus den Industrienationen können hier nur Hilfestellung geben. In der

Vergangenheit haben Entwicklungshilfeprojekte, die aus der Sichtweise der Industrienationen aufgebaut wurden, teils zu großen Abhängigkeiten geführt. Die Armut wurde damit oft nicht wirksam bekämpft.

Kolping setzt international auf Bildung und Nachhaltigkeit. Arme Menschen, die sich in Kolpingsfamilien zusammenschließen und die ihr Leben und auch das Leben der Menschen in ihrem Umfeld verbessern wollen, können an Bildungsangeboten der einzelnen Nationalverbände teilnehmen. Sehr gute Erfahrungen macht Kolping zum Beispiel in Ostafrika mit der Schulung der Menschen im ökologischen Landbau: Der Verzicht auf Pestizide, Insektizide und Kunstdünger hat sich als der richtige Weg bewährt. Kolpingexperten in den Ländern setzen auf die Herstellung hochwertiger Komposte und auf Artenvielfalt auf den Feldern. Die Erträge steigen deutlich, die Qualität der Böden verbessert sich, und die Menschen sind nicht mehr abhängig von Hilfsmitteln, die sie ansonsten teuer zukaufen müssten. Ein weiterer Ansatz ist die Saatgutvermehrung und die Förderung des Anbaus an den Klimawandel angepasster Kulturen.

Weg von Kunststoffen und fossilen Rohstoffen

Die Überwindung absoluter Armut, wie es das erste Nachhaltigkeitsziel fordert, ist heute nicht zu trennen von einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise. Schon jetzt sind die Ärmsten auf der südlichen Welt halbkugel am stärksten von den Folgen des globalen Klimawandels betroffen. Von der Wüstenbildung bis zur Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen oder von Fischfanggebieten – der Entzug der natürlichen Lebensgrundlagen trifft die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika in vielen Regionen bereits mit voller Wucht. Die notwendige sozialökologische Transformation muss auch von den energieintensiven Industrien vollzogen werden. Der Wandel weg von Kunststoffen auf Basis von fossilen Rohstoffen sowie von fossilen Energieträgern hin zur Verwendung umweltgerecht angebauter nachwachsender Rohstoffe, innovativer nachhaltiger Kunststoffe und zu erneuerbaren Energien ist sozialverträglich und mit viel Innovationskraft zu meistern. Hier kann die deutsche Industrie mit ihrer weltweit anerkannten Innovationskraft in der Forschung und Entwicklung sowie dem Know-how ihrer ausgewiesenen Fachkräfte wichtige Beiträge leisten, was gleichzeitig den Standort Deutschland stärkt und neue Arbeitsplätze schafft.

Es bleibt eine große Herausforderung, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, auf die sich die Vereinten Nationen 2015 verständigt haben, und insbesondere sich dem Ziel zu nähern, Armut in allen ihren Formen und überall zu beenden. Für uns bleibt die Maxime unseres Handelns: verantwortlich leben und sozial handeln! Immer und überall in der Einen Welt.

Ursula Groden-Kranich ist Bundesvorsitzende des Kolpingwerkes Deutschland. Nach langer Tätigkeit in der Kommunalpolitik kandidierte sie 2013 für die CDU zum Deutschen Bundestag, dessen Mitglied sie bis 2021 war. Sie befasste sich dort vornehmlich mit Außen-, Europa und Kulturpolitik. Sie ist Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz.

Lieferketten- gesetz: Unternehmen sollen retten, wo Politik kapituliert



Sabine Herold
Geschäftsführende Gesellschafterin
von DELO Industrie Klebstoffe

Wäre das Lieferkettengesetz ein Vakzin, man müsste die Wirksamkeit deutlich hinterfragen. Denn die Nebenwirkungen dieses Gesetzes übersteigen den ungewissen Nutzen bei Weitem.

In der oftmals emotional geführten Debatte über die Berücksichtigung der Menschenrechte in der Lieferkette werden immer wieder Einzelfälle in Branchen wie der Textilindustrie in Bangladesch, im Lebensmittelbereich der Kakaoanbau in Ghana und in der Rohstoffgewinnung der Erzabbau im Kongo angeführt. In der Tat ist der Arbeitsschutz in diesen Bereichen häufig problematisch. Wegen Problemen in einigen Branchen jedoch alle Unternehmen unter Generalverdacht zu stellen und mit einer höchst bürokratischen Regelung zu überziehen, ist insbesondere für den Mittelstand der falsche erste Schritt.

Vielmehr ist sich die chemische Industrie schon seit Langem ihrer Verantwortung bewusst und taugt nicht für eine pauschale Vorverurteilung. Zahlreiche Brancheninitiativen unterstreichen das Engagement der Unternehmen. Dort, wo Einwirkungsmöglichkeiten bestehen, nehmen wir die Verantwortung in der Lieferkette intensiv wahr. Jedoch kann insbesondere für ein Hightechunternehmen (wie DELO) nicht unterstellt werden, dass alle erforderlichen Rohstoffe der Welt beliebig auch woanders gekauft werden können: Das wäre falsch! Insbesondere gilt dies etwa bei Seltenen Erden für Elektronikbauteile oder innovative Neuentwicklungen für die Spezialchemie. Zum anderen wird suggeriert, Unternehmen könnten Menschenrechte exterritorial durchsetzen und damit erreichen, was selbst die Regierungen der einflussreichsten und angesehensten Länder der Welt inklusive der ganzen EU offensichtlich nicht schaffen: Auch das ist falsch!

Indirekt oder direkt – betroffen in jedem Fall

Spielen wir es mal konkret durch: DELO als typischer »Hidden Champion« entwickelt Hightechklebstoffe vornehmlich für die Elektronikindustrie und erwirtschaftet einen Umsatz von 170 Millionen Euro. Mit 800 Mitarbeitern betrifft uns das Gesetz vorerst »indirekt« – und doch sind wir direkt vom Aufwand betroffen. Denn bevor wir den Anwendungsbereich mit 1000 Beschäftigten erreichen, sind wir mit den »Code of Conduct«-Regelungen unserer großen Kunden rechtlich mitverhaftet.

3000 Firmen weltweit sind bei uns als unmittelbare Lieferanten gelistet. Auch wenn der Gesetzgeber bewusst nur schwammige Aussagen trifft, welche Aufgaben das Gesetz den Unternehmen hinsichtlich der Risikoanalyse genau vorschreibt, ist zu erwarten, dass jeder Lieferant einzeln betrachtet werden muss. Sofern man sich mit jedem Zulieferer im Minimum eine Stunde jährlich beschäftigt, benötigt man allein hierzu mindestens zwei Fachkräfte – Vollzeit. Die EU-Kommission schätzt, dass Unternehmen etwa 0,01 Prozent des Umsatzes für das Lieferkettengesetz aufwenden müssen – in unserem Fall 17.000 Euro. Rechnen wir allein für die beiden Vollzeitkräfte mit Kosten von etwa 50.000 Euro pro Person, würde die Schätzung der EU nur einen Bruchteil unseres tatsächlichen Erfüllungsaufwands abdecken.

Man muss zudem wissen, dass die Einkaufsvolumina von DELO zum Teil extrem gering sind. Beim umsatzärmsten Fünftel unserer aktiven Lieferanten kaufen wir für 60.000 Euro ein – insgesamt, nicht pro Zulieferer. Da das Gesetz auf eine Bagatellklausel verzichtet, die den Anwendungsbereich auf wesentliche Zulieferer begrenzen würde, stehen ein paar Hundert Euro Einkaufswert immensem bürokratischen und finanziellen Aufwand von mehreren Tausend Euro für Risikoanalyse und -management gegenüber. Und die Risikoanalysen gelten sogar für Lieferungen aus sicheren Ländern, wie Lieferungen innerhalb Deutschlands oder innerhalb der EU: Hier muss dringend nachgebessert werden.

Nun sollte man nicht den Fehler begehen und denken, man könne auch mit weniger Zulieferern auskommen. Das wäre schön, aber tatsächlich sind viele Zulieferer sehr spezialisiert und für uns unverzichtbar: So stellt weltweit

nur ein einziger Zulieferer einen bestimmten Spezialrohstoff her, von dem wir gerade mal 23 Kilo im Jahr benötigen. Gleichzeitig ist dieser Rohstoff ein unverzichtbarer Bestandteil in Produkten, mit denen wir insgesamt 18 Millionen Euro Umsatz erzielen.

Ohne diesen Lieferanten würden wir zahlreiche Arbeitsplätze gefährden. Das trifft auch auf viele andere Rohstoffe zu: Für 20 Prozent gibt es keine alternativen Zulieferer. Gleichzeitig sind wir für viele Lieferanten zu klein, sodass sie uns keine tiefgehenden Einblicke in ihre Produktionsabläufe gewähren und auch Audits verweigern. In Berlin mag man sich das nicht vorstellen können, aber in unserer Einkaufsabteilung stapeln sich solche Auditabsagen. Kleine Umsätze tragen keine Audits.

Und wenn es uns aufgrund kleiner Bestellmengen bereits bei einigen direkten Zulieferern schwerfällt, Prüfungen durchzuführen, wie stellt sich der Gesetzgeber dann die Einflussnahme auf weitere Vorstufen in der Lieferkette vor? Um ein Beispiel zu geben: Metallische Füllstoffe sorgen dafür, dass Klebstoffe Strom elektrisch leiten. Wir kaufen diese Spezialfüllstoffe bei einem Distributor in Deutschland (Stufe 1), hergestellt werden sie in Japan (Stufe 2). In der Lieferkette davor kommen Rohstoffhändler und Schmelzbetriebe, der eigentliche Mineralienabbau ist mindestens Stufe 5, eventuell sogar Stufe 6 oder 7.

Was sollte den japanischen Sublieferanten dazu bewegen, uns zu verraten, ob der Abbau in Russland, in Kanada oder in Afrika erfolgt – ganz zu schweigen davon, ob dabei die Menschenrechte eingehalten werden? Vermutlich weiß er es selbst nicht. Es ist praxisfern, dem deutschen Mittelstand hier ernsthaft Einflussmöglichkeiten zu unterstellen. Dies muss bei der Ausgestaltung und weiteren Konkretisierung der nationalen und europäischen Regelung dringend berücksichtigt werden.

Globalisierung ist fair betrieben ein Stück Entwicklungshilfe

Da es nicht in das Ausbeutungsnarrativ einzelner Aktivisten passt, ignorieren sie bewusst, welche großen Fortschritte in den Entwicklungsländern in den letzten 30 Jahren erreicht wurden. Trotz stark wachsender Weltbevölkerung ist die Anzahl der Menschen in extremer Armut von 1,9 Milliarden (1990) auf 650 Millionen (2018) gefallen. Natürlich müssen wir alle daran arbeiten, diese Zahl noch weiter zu senken. Hierzu trägt die Globalisierung bei und ist – fair betrieben – ein Stück Entwicklungshilfe.

Sabine Herold ist Geschäftsführende Gesellschafterin von DELO Industrie Klebstoffe. Nach ihrem Chemiestudium stieg Sabine Herold 1989 als Anwendungsjingenieurin bei DELO ein. 1997 übernahm sie, gemeinsam mit ihrem Ehemann Dr. Wolf Herold, die Firma im Rahmen eines Management-Buy-outs und entwickelte diese zu einem weltweit tätigen Unternehmen mit mittlerweile mehr als 800 Mitarbeitern. Sie ist auch engagiert in den Präsidien von VCI und BDI.

Für nachhaltige globale Lieferketten! Ziel: die Armut in der Welt bekämpfen



Kemal Özkan
Stellvertretender Generalsekretär
von IndustriALL Global Union

Durch die COVID-19-Pandemie ist die Welt heute eine andere als früher. Die Auswirkungen der Krise sind ungleich und ungerecht. Die Berichte der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (IAO) haben uns bereits gezeigt, dass in dieser Zeit Millionen von Arbeitsplätzen verloren gegangen und Milliarden von Menschen in die Armut zurückgefallen sind.

Bei der Erholung von den gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Pandemie dürfen wir nicht zum »business as usual« zurückkehren. Stattdessen muss unbedingt eine neue und gerechtere Welt entstehen, die in der Lage ist, das inakzeptable Ausmaß an Ungleichheit, den Mangel an sozialem Schutz sowie an menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der Weltbevölkerung und die drohende Klimakatastrophe zu bewältigen.

Historische Ausmaße von Ungleichheit und massiver Arbeitslosigkeit sind das Ergebnis eines ungleichen und nicht nachhaltigen globalen Wirtschaftsmodells, das darauf ausgelegt ist, einigen wenigen zu nutzen. Globale Lieferketten wirken sich zunehmend auf die Wirtschaft und das Leben der Menschen aus und führen zu drastischen Veränderungen für Handel, Produktion, Investitionen, Beschäftigungsverhältnisse und für die Arbeit selbst.

Verantwortung für Subunternehmen wahrnehmen

Unternehmen, die über Lieferketten einkaufen, müssen ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten, die bei ihren Zulieferern und Subunternehmen beschäftigt sind, wahrnehmen.

In globalen Lieferketten sind unzumutbare Arbeitsbedingungen keine Seltenheit. Meist sind es die einfachen Arbeiter und Arbeiterinnen, die lange Stunden arbeiten, oft weit über die gesetzlichen Grenzen hinaus, für Armutslöhne und unter Bedingungen, die gegen viele Arbeitsschutzstandards verstoßen. In der Bekleidungsindustrie zum Beispiel liegen die Löhne der meisten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht über dem Niveau des Mindestlohns in ihrem Land, der wiederum in vielen Fällen weit unter dem Existenzminimum liegt. Die Beschäftigten sind gezwungen, extrem lange zu arbeiten, um ihren Grundverdienst auf ein Niveau aufzustocken, von dem sie sich und ihre Familien ernähren können.

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind weit verbreitet, wobei Zeitverträge, Leiharbeit und Unterverträge die Norm sind. Verstöße gegen das Recht auf Vereinigungsfreiheit sind an der Tagesordnung, der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist auffallend niedrig und Tarifverhandlungen finden selten statt.

Programme zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR), die von Unternehmen entwickelt wurden, verlassen sich größtenteils auf Audits und Compliance, um zu versuchen, die Bedingungen in den Zulieferfabriken zu verbessern. Diese einseitigen, freiwilligen und unverbindlichen Bemühungen haben in der überwiegenden Zahl der Fälle versagt, wenn es darum ging, Löhne und Arbeitszeiten zu verbessern oder die Achtung des Rechts der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, einer Gewerkschaft beizutreten, zu gewährleisten.

Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo die Vereinigungsfreiheit respektiert wird und es den Beschäftigten erlaubt ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren sowie Kollektivverhandlungen zu führen, sie befähigt werden, sich gegen Ausbeutung zu wehren und angemessene Einkommen und Arbeitsbedingungen einzufordern und zu erhalten. Wo diese Rechte verweigert werden, ist das CSR-Modell nicht in der Lage, die Lücke zu schließen. Die Selbstregulierung, unterstützt durch die Prüfung der Einhaltung der Menschenrechte durch die Unternehmen, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Wir müssen diesen Teufelskreis durchbrechen. Wir brauchen Rechenschaftspflicht, Transparenz, Verantwortung und Rückverfolgbarkeit in den globalen Lieferketten.

Wir brauchen ein günstiges Umfeld durch verpflichtende Sorgfaltsprüfungen. Die gute Nachricht ist, dass die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) breite Unterstützung finden in der Gesellschaft, jedoch keine verbindlichen Verpflichtungen für Unternehmen vorsehen.

Für verbindliche und durchsetzbare Standards

Die Welt braucht verbindliche und durchsetzbare Standards. Wir unterstützen einen verbindlichen UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten mit verpflichtender Sorgfaltspflicht. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass es einen ähnlichen Prozess in der Europäischen Union gibt. Wenn diese internationalen Standards durch nationale Gesetzgebungen ergänzt werden, wie es in Deutschland geschehen ist, ist dies ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in der Welt. Ein wahrer »Gamechanger«.

Wir fordern auch eine IAO-Konvention über Lieferketten, die einen globalen Rahmen mit Kernarbeitsnormen für grenzüberschreitende Verhandlungen und Tarifverhandlungen enthält, und wir fordern, dass die IAO-Arbeitsschutznormen den Kernarbeitsnormen hinzugefügt werden. Zur Operationalisierung dieser Standards brauchen wir ein System globaler Arbeitsbeziehungen oder einen grenzüberschreitenden sozialen Dialog. Die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht erfordert die Einbeziehung aller Stakeholder, und was die Beschäftigten und Gewerkschaften betrifft, sind die Arbeitsbeziehungen der Schlüssel in diesem Prozess.

In diesem Zusammenhang bieten wir unsere Global Framework Agreements (GFAs) an, die zwischen globalen Gewerkschaften und multinationalen Unternehmen ausgehandelt werden. Durch GFAs verpflichten sich Konzerne, die Kernarbeitsnormen der IAO, einschließlich des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, in ihren eigenen Betrieben und in ihren Lieferketten einzuhalten.

Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene sind bereit, sich für eine gerechtere Welt mit besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in globalen Lieferketten einzusetzen.

Diese historische Verantwortung erfordert ebenso aufrichtiges wie ernsthaftes Engagement und Partnerschaft.

Kemal Özkan ist seit 2012 stellvertretender Generalsekretär von IndustriALL Global Union. IndustriALL Global Union vertritt 50 Millionen Beschäftigte in 140 Ländern in den Bereichen Bergbau, Energie und verarbeitendes Gewerbe und kämpft weltweit für bessere Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte. IndustriALL kämpft für ein anderes Modell der Globalisierung und ein neues Wirtschafts- und Sozialmodell, das den Menschen an die erste Stelle setzt, basierend auf Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Ziel 2: Kein Hunger

Den Hunger beenden, Ernährungs-
sicherheit und eine bessere
Ernährung erreichen und eine nach-
haltige Landwirtschaft fördern